DIE BAUINDUSTRIE
NORDRHEIN-WESTFALEN

Bauindustrieverband NRW e.V. • Postfach 10 54 62 • 40045 Düsseldorf

Herrn
Stefan Kämmerling MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Heimat,
Kommunales, Bauen und Wohnen
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
--- per Email ---

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/385

A02, A18

Bauindustrieverband
Nordrhein-Westfalen e.V.

RA'in Prof. Beate Wiemann
Hauptgeschäftsführerin
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Uhlandstraße 56
40237 Düsseldorf

Postfach 10 54 62
40045 Düsseldorf

Telefon 0211 67 03-212
Telefax 0211 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

22. Februar 2018
Wie/Siew.

Öffentliche Anhörung zur „EnEV" am 23.02.2018 / Stellungnahme des Bauindustrieverbandes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Kämmerling,

als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen nutzen wir die Gelegenheit der Öffentlichen Anhörung am 23. Februar 2018, um schriftlich zum Antrag von CDU und FDP und damit generell zur „Energieeinsparverordnung" (EnEV) Stellung zu nehmen.

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen sehen wir die Entwicklungen der letzten Jahre zunehmend kritisch, was wir in unserer Stellungnahme zum Ausdruck bringen.

Wir wünschen dem Ausschuss eine konstruktive Beratung und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Die Hauptgeschäftsführerin

B. Wiemann

(RA'in Prof. Beate Wiemann)

Der Leiter Politik

T. Siew

(Tobias Siewert, M.A.)

STELLUNGNAHME

für die Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen des Landtages von Nordrhein-Westfalen am 23.02.2018 zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „NRW muss auf Bundesebene Impulsgeber für eine Neuausrichtung der Energieeinsparverordnung werden“ mit der Drucksache 17/1112

22.02.2018

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund zwei Drittel aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes[1]. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Allgemeines

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen unterstützt die grundsätzliche Ausrichtung und Zielrichtung des Antrages der Fraktionen von CDU und FDP.

Eingebettet in den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie stellt sich auch die nordrhein-westfälische Bauindustrie gegen immer neue und weiter verschärfte Standards, insbesondere in den Bereichen Barrierefreiheit, Klima- und Schallschutz, da diese das Bauen fortwährend verteuern. Der in Nordrhein-Westfalen dringend benötigte preisgünstige Wohnungsbau ist nicht zuletzt durch die mit der EnEV 2016 einhergehenden neuen Anforderungen bei einer Vielzahl von Projekten unwirtschaftlich geworden. In der Folge werden Wohnungsbauprojekte nur in kleinerem Maßstab oder ggf. gar nicht realisiert. Der Druck auf den Wohnungsmarkt nimmt auch dadurch immer weiter zu.

[1] Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf – Telefon 0211 - 67 03-0 – Telefax 0211 - 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

DIE BAUINDUSTRIE
NORDRHEIN-WESTFALEN

Hintergrund

Partei- und ebenenübergreifend (Bund, Land, Kommunen) wurde in den vergangenen Jahren überall das Ziel formuliert, gerade in Ballungsgebieten und Groß- und Universitätsstädten, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deutschlandweit müssten in den kommenden Jahren rund 400.000 Wohneinheiten jährlich gebaut werden. Dies sind rund 260.000 mehr als bislang.

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen sehen wir es deshalb als immense gesellschaftliche Herausforderung und als eine vorderste Aufgabe von Politik, Verwaltung und Bau- sowie Immobilien-/Wohnungswirtschaft an, den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen ausreichend preisgünstigen Wohnraum von hoher Qualität zur Verfügung zu stellen.

Abseits der Diskussionen um „Mietpreisbremsen“ steht für die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen fest: Eingriffe in die Mietentwicklung schaffen nicht eine neue Wohnung. Und nur neue – und damit mehr – Wohnungen verbreitern das Angebot im preisgünstigen Segment.

Vor diesem Hintergrund sehen wir die in den vergangenen Jahren fortgeschrittene Entwicklung der Energieeinsparverordnung (EnEV) äußerst kritisch und lehnen weitere Verschärfungen von Standards und Anforderungen zum derzeitigen Zeitpunkt klar ab.

Die mit der EnEV einhergehenden Verteuerungen wirken exakt dort, wo das wirksamste Instrument zur Entspannung der nordrhein-westfälischen Wohnungsmärkte zu finden ist – im Neubau.

Kritik

Die Energieeinsparverordnung (EnEV) ist einer, wenn nicht der entscheidende Kostentreiber im Wohnungsneubau der vergangenen Jahre. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass die Baukosten aufgrund zusätzlicher energetischer Anforderungen zwischen 2000 und 2016 um mehr als 14 % gestiegen sind (z.B. Kosten von zentralen Lüftungssystemen). Die Standards der EnEV 2016 lassen sich heute nur noch mit einem immensen Mehraufwand auf planerischer, technischer und konstruktiver Seite realisieren, die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen steht bereits seit längerem vollends in Frage.

Bereits seit 1990 konnte der Immobilien- und Gebäudesektor signifikant zur Treibhausgasreduktion beitragen, die heutige Klimapolitik steht mit ihren immer weiter verschärften Anforderungen jedoch deutlich an der Schwelle, den Gebäudesektor zunehmend zu überfordern.

So haben die mit der EnEV 2016 noch einmal verschärften Anforderungen an den Primärenergieverbrauch von Neubauten bereits zu mehreren qualifizierten Gutachten geführt, nach denen das Kriterium der „Wirtschaftlichkeit“ wesentlich verletzt und eine Amortisierung der zusätzlichen Investitionen innerhalb von rund 20 Jahren nicht mehr erwartet wird.

Die Balance zwischen Investitionen in die Gebäudeeffizienz und den damit verbundenen Kostensteigerungen im Wohnungsbau und den sich daraus ergebenden Einsparpotentialen und Minderausgaben für die Energieversorgung ist längst aus dem Gleichgewicht geraten. In der Folge ist Wohnungsneubau auch durch die EnEV vielfach unwirtschaftlich geworden.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf – Telefon 0211 - 67 03-0 – Telefax 0211 - 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

Aus diesem Grund unterstützt die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen die Ausrichtung und die Schwerpunktsetzung des Antrages der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP ausdrücklich und schließt sich der Forderung zu einem Moratorium – und einer damit verbundenen Evaluation – der EnEV 2016 an.

Die neue Landesregierung setzt damit um, was sie zuvor im Koalitionsvertrag von 2017 festgehalten hat:

„Mit einer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass die Energieeinsparverordnung 2016 zunächst für drei Jahre ausgesetzt wird und die Vorgaben der Verordnung umfassend evaluiert werden." (Koalitionsvertrag 2017, S.80)

Es ist erforderlich, die Ziele des Klimaschutzes mit denen des (sozial verträglichen) Wohnungsbaus und der gewünschten Baukonjunktur in Einklang zu bringen. Vor dem Hintergrund erforderlicher Investitionen im Baubereich begrüßt die Bauindustrie daher alle Änderungen, mit denen durch Verfahrensvereinfachungen und Entbürokratisierung Investitionshemmnisse beseitigt werden.

Fokus auf Bestandssanierung

Zugleich fordert die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen die Bundes- und die Landesregierung auf, ihren Fokus vom Neubau auf die Sanierung des Gebäudebestandes zu verlagern. Die bis heute nicht auf den Weg gebrachte steuerliche Förderung von Sanierungsleistungen ist das zentrale Hemmnis für eine Steigerung der Sanierungsquote auf das notwendige Maß von drei Prozent pro Jahr. Anstatt fortwährend strengere Auflagen für den Neubau zu erlassen, befürworten wir viel mehr eine konsequente, zielgerichtete und fokussierte Förderung wirksamer Maßnahmen im Bestand.

Bereits im Forderungspapier zur NRW-Landtagswahl 2017 „Investitionen bauen Zukunft" fordert die Bauindustrie, die klimarelevante Sanierung des Wohnraumbestandes in den Vordergrund zu stellen und diese steuerlich zu fördern. Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen versprechen wir uns von einer entschlossenen und umfassend angelegten Sanierung bestehender Wohngebäude einen deutlich größeren Effekt für die Emissionsreduktion und somit für das Klima, als durch immer weitere Verschärfungen im Wohnungsneubau.

Achtzig Prozent des deutschen Wohnungsbestandes wurden vor 1990, die Hälfte davon in den 1950er bis 1970er Jahren errichtet. Gerade die Gebäudebestände aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren bieten dieses enormes Potential zur Senkung des Energieverbrauches.

Bis 2050 strebt die Bundesregierung einen klimaneutralen Gebäudebestand an. Dieses Ziel lässt sich nur durch einen fortlaufenden Ersatz unseres Gebäudebestandes und durch die Sanierung der jüngeren Gebäude realisieren.

Die Deutsche Bauindustrie hat diese Thematik ebenfalls aufgegriffen und vor der Bundestagswahl 2017 folgende Grundsätze formuliert:

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf – Telefon 0211 - 67 03-0 – Telefax 0211 - 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

„Klimaschutz fängt am Bau an! 40 % des gesamten Endenergieverbrauchs und 20 % des gesamten CO^2-Austoßes entfallen auf den Gebäudebereich. Gleichzeitig entsprechen 70 % des Wohnungsbestandes in Deutschland nicht den heutigen energetischen Standards. Mit einer Sanierungsquote von deutlich unter 1% besteht gleichzeitig wenig Hoffnung, die Zeichen mittelfristig auf „grün" zu stellen. Mit weiteren Verschärfungen der Energieeinsparverordnung EnEV und anderer Sanierungsanforderungen werden jedoch weder die Sanierungsquote erhöht, noch die Klimaschutzziele erreicht. Bereits mit der EnEV 2009 wurde die Grenze der Wirtschaftlichkeit erreicht und die bautechnischen Möglichkeiten überstrapaziert. Die Politik kann private und öffentliche Eigentümer deshalb nur durch gezielte Anreizsysteme motivieren, ihren Beitrag für einen besseren Klimaschutz am Bau zu leisten. Die Deutsche Bauindustrie fordert, Abschreibungsmöglichkeiten für energetische Modernisierungsmaßnahmen für einen zusätzlichen Sanierungsanreiz zu verbessern und eine einheitliche und praxisgerechte Gestaltung von Zertifizierungssystemen für nachhaltiges Bauen zu erreichen, um insbesondere Heiz- und Betriebskosten einsparen zu können."

Für das Erreichen der Klimaschutzziele muss also der Gebäudebestand zügig und flächendeckend energetisch modernisiert werden. Dafür ist es nach wie vor erforderlich, die Sanierungsquote deutlich zu steigern – von einem auf kurzfristig drei Prozent.

Für den Bau neuer Wohnungen begrüßen wir als Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ausdrücklich, dass der Koalitionsvertrag von Union und SPD auf Bundesebene – sollte eine Regierung zustande kommen – verankert, dass im neuen GEG die Werte der EnEV 2016 nicht verschärft werden sollen. Zu begrüßen ist, dass der bisher im EnEG geregelte Grundsatz der Wirtschaftlichkeit künftig auch für den Bereich der EnEV gelten soll. Erforderliche Aufwendungen müssen innerhalb der üblichen Nutzungsdauer durch die eintretenden Einsparungen erwirtschaftet werden können. Dies gewährleistet, dass Gebäudeeigentümer anstehende Sanierungen nicht aus dem Grund unterlassen, dass sie sich dadurch zu unwirtschaftlichen weitergehenden Maßnahmen gezwungen sehen. Da mit dem Niveau der EnEV vom 1.1.2016 der Niedrigstenergiegebäudestandard bereits erreicht ist, würde durch jede weitere Erhöhungen der Dämmstärken der zusätzliche Wärmedämm-Nutzen stark absinken.

Die Bauindustrie fordert stattdessen, die Energieeffizienzbemühungen im Gebäudesektor in ein sinnvolles Gesamtkonzept einzubetten, den Quartiersmaßstab zu berücksichtigen und die Emissionsreduktion technologieneutral zu gestalten.

Die Hebung des großen Einsparungspotenzials im Bau- und Gebäudesektor erfordert eine neue Herangehensweise, um mithilfe effizienter und zukunftsorientierter bauindustrieller Konzepte die größtmögliche Wirkung zu erzielen.

Exemplarisch schlagen wir vor:

- Ordnungsrecht: Vereinfachung und Weiterentwicklung des Ordnungsrechts bei Gebäuden: Zusammenführung von EnEG / EnEV und EEWärmeG in einem Gebäudeenergiegesetz, damit Umsetzung der Anforderungen des EU-Rechts zum 01.01.2019 für öffentliche Gebäude und zum 01.01.2021 für alle Gebäude.
- Neubau: Im Neubaubereich bis auf weiteres keine Verschärfung der Standards der EnEV 2016. Die Wirtschaftlichkeitsgrenze von Energieeffizienzmaßnahmen ist längst erreicht. Weitere Verschärfungen sind auf dem Stand heutiger Technologien nicht sinnvoll.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf – Telefon 0211 - 67 03-0 – Telefax 0211 - 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

- Energetische Ertüchtigung des Bestands: Durch die steil ansteigende Kostenkurve ist für die gleiche Investitionssumme „in der Fläche“ deutlich mehr Energieeffizienz zu erreichen als „in der Spitze“. Um höhere Sanierungsquoten zu erreichen, muss die energetische Ertüchtigung im Bestand großmaßstäblich in zusammenhängenden Projekten sowie in Quartiersbetrachtung erfolgen. Bauindustrielle Konzepte in serieller Bauweise sind hier erforderlich. Für deren wirtschaftlichen Erfolg bedarf es bestimmter Mindestgrößen.
- Finanzielle Anreize: Zusätzliche finanzielle Anreize sind erforderlich, damit energetische Sanierung angesichts derzeitiger Energiepreise attraktiver wird. Die bestehenden Förderprogramme müssen so ausgerichtet werden, dass maximale CO2-Einsparung in der Gesamtheit erreicht wird und die Fokussierung auf die Maximierung beim Einzelprojekt zurückgefahren wird.

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Uhlandstraße 56 40237 Düsseldorf – Telefon 0211 - 67 03-0 – Telefax 0211 - 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de